

*Beitrag Dr. Hermann Hagen, Brigadegeneral a.D.
zur Expertenanhörung
der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats*

am Dienstag, 28. April 1992, 0945 Uhr
Bern, Hotel Bellevue, Salon Royal

Programm

Sicherheitspolitische Zukunftsfragen Europas

1. Bedrohung
2. Maßnahmen
3. Internationale Zusammenarbeit,
4. Rolle der Schweiz

Sperrfrist: 28. April 1992, 1200 Uhr

1. Zur militärischen Bedrohung in Zentraleuropa

1.1 Die Bedrohung aus dem Osten (Ehem. SU, GUS, Rußland)

In der NATO wird allgemein angenommen, daß die Gefahr einer militärischen Bedrohung Mitteleuropas durch einen Angriff aus dem Osten *zur Zeit unwahrscheinlich* oder sogar sehr unwahrscheinlich geworden ist.¹ Diese Analyse wird auch von der "Botschaft" des Schweizerischen Bundesrates vom 18.12.91 geteilt. Ein größerer Konflikt wird aber für die Zukunft *nicht völlig* ausgeschlossen. Als Begründung wird angeführt

- noch gibt es große Mengen an Großgerät und ein "gewaltiges Militärpotential"² auf dem Gebiet der ehemaligen SU
- Die in Wien (KSE-Vertrag) vereinbarten Höchstzahlen für Panzer, Schützenpanzer, Artillerie, Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber bringen eine "bessere Ausgewogenheit zwischen Ost und West".³ Der gesamte Kampfwert wird jedoch, vor allem bei den Luftstreitkräften, noch zunehmen.⁴
- Die Reduktionen der Landstreitkräfte haben eine Verlängerung der Vorwarnzeiten am Boden zur Folge. Die Vorwarnzeiten bei Luftangriffen *bleiben kurz*.⁵
- noch ist keineswegs sicher, ob sich die demokratischen Kräfte

¹So auch die "Botschaft über die Beschaffung von Kampfflugzeugen (Rüstungsprogramm 1992)" vom 18.12.1991, S. 8. Im folgenden zitiert als "Botschaft".

²Botschaft S. 8. S. 10 spricht von dem auch in Zukunft noch verbleibenden riesigen Potentialen an Kriegsmaterial.

³So die Botschaft S. 9. Man könnte allerdings auch formulieren, daß die in Wien erreichte numerische Parität zwischen NATO und WP bei weiterbestehender qualitativer Überlegenheit des Westens und angesichts der Auflösung des WP insgesamt zu einer Unterlegung der GUS-Republiken geführt hat.

⁴Botschaft S. 9

⁵Auch diese Einschätzung der Botschaft (S. 13) entspricht Beurteilungen, die man in ähnlicher Form in NATO-Dokumenten und in Reden und Aufsätzen führender westlicher Militärs finden kann. Dennoch sind solche Formulierungen mindestens für militärische Laien irreführend. Man muß wissen, daß man früher "Warnzeit" nach Stunden und Tagen berechnet hat. Heute muß man von Jahren, wenn nicht von Jahrzehnten ausgehen. Grundsätzlich gelten diese Warnzeiten auch für Luftstreitkräfte.

in der SU durchsetzen. Bei einem neuen Umsturz könnten reaktionäre Militärs in Verbindung mit Altkommunisten die Macht ergreifen und versuchen, die alte expansive Weltmachtpolitik wieder zu betreiben.⁶

Eine derartige, auf den "schlimmsten Fall" gründende Lagebeurteilung hatte bis Ende letzten Jahres noch eine gewisse Berechtigung. Sie muß heute jedoch revidiert werden. Denn mit der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 und der Begründung eines lockeren Staatenbundes "unabhängiger" Staaten (GUS) begann der Zerfall der ehemals sowjetischen Streitkräfte, die heute in großen Teilen nicht mehr als einsatzbereit angesehen werden können und deren einheitliche Führung durch das sog. Oberkommando der GUS nur noch auf dem Papier steht.

Das ergibt sich aus den öffentlichen Erklärungen des "Oberkommandierenden" der GUS-Streitkräfte, Marschall der Flieger Jewgeni Schaposchnikow vor dem Kongreß der Russischen Volksdeputierten am 7. April 1992⁷ sowie aus den folgenden Tatsachen:

- Die sowjetischen SK bestanden zu rund 80% aus Wehrpflichtigen. Auch die Unteroffiziere wurden aus den Reihen der Wehrpflichtigen rekrutiert (*serschanty/starschiny*). Das bisherige Einberufungssystem ist schwer gestört, weil eine Reihe von Republiken ihre Bürger nicht mehr außerhalb des eigenen Territoriums dienen läßt⁸, weil viele Wehrpflichtige der Einberufung nicht folgen⁹ und weil die Zahl der Desertionen zunimmt.¹⁰ Man muß dabei berücksichtigen, daß die örtliche Aufteilung der Verbände der alten Militärdoktrin und nicht der Bevölkerungsstruktur entsprach.
- Die Vereinbarungen von Minsk und Kiew über die militärische Zusammenarbeit werden von einigen Republiken nicht eingehalten, aber auch von Rußland nicht gerade überparteilich interpretiert.

⁶ Die Botschaft weist darauf hin (S. 9), daß Vorsicht weiter am Platz ist.

⁷ Abgedruckt in der Armeezeitung *Krasnaja Swesda [Roter Stern]* Nr. 81 vom 9. April 1992 "Eine Armee ohne Staat ist keine Armee" S. 1

⁸ Schaposchnikow in der Fn 7 zitierten Kongreßansprache

⁹ Diese Entwicklung begann bereits 1990 einen größeren Umfang anzunehmen, wobei Organe der Einzelrepubliken teilweise Beihilfe durch Zerstörung der Einberufungsunterlagen in den "Wehrkommisariaten" (Kreiswehrrersatzämter) leisteten. *Krasnaja Swesda* vom 27.10. und 4.11.1990.

¹⁰ So "ergaben" sich im ersten Quartal 1992 allein in der russischen Stadt Rostow am Don 727 Deserteure dem örtlichen Kreiswehrrersatzamt. Als Gründe nannten sie unter anderem Zwang zur Eidesleistung auf eine nichtrussische Republik, Zwang zur Teilnahme an strafbaren Handlungen und ethnische Konflikte. *Iswestija* 6.4.1992, S. 2 "Immer mehr Deserteure".

Praktisch kann von klaren Befehlsverhältnissen in den GUS-SK nicht mehr die Rede sein (Streit um Schwarzmeerflotte, Absetzung und Wiedereinsetzung von Kommandeuren, Überführung von ganzen Flugzeuggeschwadern nach Rußland, Streit um Vereidigung und Flagge). Der sich verschärfende Gegensatz zwischen Rußland und der Ukraine macht den zusammengefaßten Einsatz der noch einsatzbereiten Verbände gegen einen gemeinsamen äußeren Gegner illusorisch.

- Die Disziplin in den einzelnen Truppenteilen ist schwer beeinträchtigt.
Die Versorgung ist vor allem bei den außerhalb Rußlands stationierten Truppenteilen nicht gesichert. Berichte über Waffendiebstähle unter Beteiligung von jüngeren Offizieren nehmen zu.¹¹
- Die Aufteilung der ehemals sowjetischen Streitkräfte auf die Republiken macht insbesondere im Baltikum, in Weißrußland und der Ukraine erhebliche Umdislozierungen erforderlich. Dort waren bislang annähernd 50% der sowj SK disloziert, die entweder wie im Baltikum völlig abgezogen oder aber nur teilweise (Belarus und Ukraine¹²) in die Streitkräfte der neuen Republiken übernommen werden. Zum Teil wird sich das Problem nur durch Auflösung ganzer Divisionen erledigen lassen.¹³
- Die Truppe ist offensichtlich nicht mehr in der Lage, bei bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen z.B. im Kaukasus eine ordnende Funktion auszuüben. Sie zieht sich statt dessen zurück (MotSchützenregiment 366 aus Nagorny Karabach) oder wird zu strikter Neutralität angehalten wie die 14. Armee in Moldawa).
- Die Absicht der politischen militärischen Führung Rußlands ist eine grundlegende Umstrukturierung (hochmobile, kleine, professionelle Eingreiftruppen für den Einsatz zum Schutz der Grenzen bei lokalen Konflikten). Stärke etwa 1,2 Mio Mann. Beibehaltung einer

¹¹ Typisch ein Bericht der *Iswestija* vom 7.4.1992 S. 8 "Schon wieder Diebstahl von Waffen und Quecksilber". Danach hatten ein Offizier des Versorgungsbataillons eines am Amur gelegenen Flugabwehrraketenregiments mit einem Helfer die Waffen gestohlen und zwei Nächte später einen "Raubüberfall" vorgetäuscht, während die Wachen "wie gewöhnlich" betrunken schliefen.

¹² Nach öffentlichen Erklärungen werden die ukrainischen Streitkräfte nur eine Stärke von 400-500 000 Mann haben. 1990 waren aber auf dem Territorium der Ukraine fast 1,5 Mio Mann stationiert.

¹³ Nach Erkenntnissen des deutschen Verbindungskommandos zur jetzt Rußland unterstellten Westgruppe der Streitkräfte in der ehemaligen DDR wurde nur eine der zurückgeführten Divisionen als geschlossener Verband wieder stationiert.
Europäische Sicherheit 4/92, S. 230

"Minimum Deterrence" nach allen Richtungen unter ausdrücklicher Berufung auf *de Gaulle*.¹⁴ Der Zeitbedarf für eine solche Umstrukturierung wird erheblich sein.

- Im Offizierkorps gibt es erhebliche Spannungen zwischen den alten Kadern und jüngeren Reformern, aber auch unter den Reformern, die z.T. unterschiedliche Ziele und Interessen verfolgen. Das wurde u.a. während des Augustputsches deutlich.

Folgerung:

Selbst wenn wider alles Erwarten reaktionäre Kräfte in den Hauptrepubliken wieder an die Macht kämen *und* es gelingen sollte, die russischen Streitkräfte in den nächsten Jahren zu einer einsatzfähigen Armee zu formen, wäre zwar ein lokaler Krieg (Baltikum, Kaukasus, Ukraine), nicht aber eine raumgreifende Agression gegen Mitteleuropa denkbar. Das ergibt sich aus der nüchternen Betrachtung der Hauptfaktoren Raum, Zeit und Kräfte.

Der Raum

Die Geographie ist die nach Bismarck unveränderliche Konstante der Politik. Nach Abschluß ihres Rückzuges aus Deutschland, der ungeachtet aller Veränderungen planmäßig verläuft, stehen die Russen nicht mehr an der Elbe oder am Bug, sondern am Dnjepr - bezogen auf die Schweiz entspricht das etwa der fünffachen Entfernung gegenüber 1989¹⁵. Offensive Bewegungen auf den wenigen geeigneten Straßen und Bahnlinien wären leicht zu stören. Weichselbrücken und Spurwechselzonen waren schon in der alten Strategie neuralgische Punkte. In der heutigen wehrgeographischen Situation wären sie weitaus verwundbarer. Polen und die CSFR, wahrscheinlich aber auch die Ukraine und Weißrußland wären im Kriegsfall für Rußland günstigstensfalls unsichere Etappe, wahrscheinlicher aber Feindesland.

Die Zeit

Der Zustand der Verkehrsverbindungen erlaubt keine raschen Verlegungen von Großverbänden, selbst wenn man unrealistischerweise unterstellen wollte, daß die Ukraine, Polen und die CSSR den Durchmarsch gestatten. Hinzu kommt der Transport der Massenverbrauchsgüter. Die NVA hatte Munitionsvorräte von ca. 300 000

¹⁴ Der als Nachfolger *Jelzins* im Amt des Verteidigungsministers von der Bewegung "Demokratisches Rußland" favorisierte, aber Anfang April nur als "Erster Stellvertreter" berufene *Dr. Andrej A. Kokoschin* hat seine Vorstellungen über die künftige Verteidigungspolitik in mehreren ausführlichen Interviews niedergelegt, ist aber der Fachwelt schon seit 1988 als Anhänger einer strikt defensiven Militärdoktrin durch seine Veröffentlichungen bekannt.

¹⁵ Vgl. dazu die beigelegte Darstellung aus *Soviet Military Power*

To. auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gelagert. Die entsprechenden Vorräte der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte beliefen sich auf über eine Million Tonnen (ohne Treibstoff!) Derartige Mengen lassen sich weder unbemerkt noch schnell heranzuführen. Der Überraschungsfaktor kann also nicht ausgenutzt werden.

Die Kräfte

Es wird gelegentlich übersehen, daß der KSE-Vertrag numerische Parität zwischen den alten Blöcken festgelegt hat. Berücksichtigt man, daß die ost- und südosteuropäischen Staaten in die NATO drängen, ergibt sich bei den Großwaffensystemen eine quantitative Überlegenheit von annähernd 2:1 zugunsten der NATO, die mit Staaten wie Polen, CSFR und Ungarn verbunden wäre, gegenüber dem GUS-Bereich. Geht man realistisch davon aus, daß das Potential der Ukraine Rußland nicht mehr zur Verfügung steht, wird das Verhältnis noch schlechter. Das gilt auch für den - zu erwartenden - Fall, daß die NATO-Staaten die Präsenz ihrer Streitkräfte deutlich absenken und einen größeren Teil der ihnen zugestandenen Waffensysteme in Depots einlagern (Konzept Kaderung und schneller Aufwuchs/ eingeschränkte Nutzung von Großgerät für die Ausbildung).

Hinzu kommt, daß die NATO in vielen Bereichen sowohl bei den Waffensystemen als auch bei den Führungs- und Aufklärungssystemen überlegen, z.T. vermutlich weit überlegen ist. Das gilt vor allem für den Bereich der Luftstreitkräfte.

Eine Änderung dieses Kräfteverhältnisses setzte u.a. voraus,

- daß die Nachfolgestaaten der SU zu gemeinsamem Handeln zurückfinden,
- daß sich ihre wirtschaftliche Lage grundlegend verbessert,
- daß sie den bestehenden technologischen Rückstand in wichtigen Bereichen mindestens aufholen und
- daß die politischen Kräfte des Landes bereit sind, dem Aufbau von Streitkräften wiederum absolute Priorität vor der Verbesserung der Lebensverhältnisse einzuräumen. Schließlich müßten bestehende Verträge mit ihren weitgehenden Verifikationsmöglichkeiten aufgekündigt werden.

Folgerung

Unter Berücksichtigung der objektiven Faktoren Raum, Zeit und Kräfte ist ein mit wenigstens geringer Aussicht auf Erfolg geführter konventioneller größerer Angriff durch russische Kräfte in Zentraleuropa nicht nur sehr unwahrscheinlich. Er kann für die absehbare Zukunft ausgeschlossen werden. Um dem Osten eine solche Option zu eröffnen, müßte sich das Gesamtkräfteverhältnis (militärisch/wirtschaftlich/demographisch) von Grund auf ändern. Die deutsche Wiedervereinigung und die dabei aufgetretenen Probleme vermitteln eine Vorstellung davon, in welchen Zeiträumen etwa wirtschaftliche Veränderungen zu kalkulieren sind.

1.2 Die Bedrohung der Sicherheit Europas durch Konflikte in Europa oder an der Peripherie

Dem Ende des Kalten Krieges bedeutete das Ende des militärischen Engagements der Sowjetunion in vielen Teilen der Welt und eröffnete Möglichkeiten der Konfliktbeendigung auf dem Verhandlungswege (Afghanistan, Angola, Nicaragua). Zugleich führte aber der Zerfall des Sowjetimperiums "zurück in die Zukunft"¹⁶ und zum Wiederaufleben von ethnischen und Nationalitätenkonflikten sowohl im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion als auch im Balkan. Das braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden.

Der Bereich Mittel- und Westeuropas ist durch diese Auseinandersetzungen militärisch nicht ernsthaft bedroht. Auswirkungen ergeben sich jedoch auf Flüchtlingsströme¹⁷, auf Handel, Wirtschaft und Tourismus. Nicht zuletzt werden von den Ländern des Westens nach Ende der Feindseligkeiten Hilfsleistungen erwartet. In der Addition können Flüchtlingsbewegungen und Hilfszahlungen durchaus die innere Stabilität eines Staates beeinträchtigen.

1.3 Nordafrika/Naher Osten

Der Golfkrieg und die Raketenangriffe des Iraks haben deutlich gemacht, daß auch Europa durch verhältnismäßig primitive Raketen verwundbar ist. Ein Staat in Nordafrika, durch Sanktionen in die Enge gedrängt und von unverantwortlichen Führern beherrscht, könnte auf den Gedanken kommen, die verhassten Vereinten Nationen an einem Ort zu treffen, wo sie für ihn erreichbar sind. Die Folgen wären vor allem dann katastrophal, wenn dieser Staat über Atomsprengeköpfe verfügt und bereit ist, sie einzusetzen. Als Trägermittel kämen nicht nur ballistische Raketen infrage. Auch an Flugzeuge auf einer "one way mission" oder einfache cruise missiles wäre zu denken.

1.4 Die Störung der Energieversorgung Europas

Die brennenden Ölfelder von Kuwait haben der Welt die Möglichkeiten des Einsatzes von Öl als Waffe vor Augen geführt. Ein neuer Golfkrieg ist ungeachtet der vernichtenden Niederlage Saddams Husseins in der Operation Wüstensturm nicht auszuschließen. In einem künftigen Konflikt dieser oder ähnlicher Art könnten die USA von den Europäern ein stärkeres militärisches

¹⁶ Eine Formulierung des amerikanischen Politologen John Mearsheimer (*Back to the Future*)

¹⁷ 1991 kamen aus dem Bürgerkriegsgebiet Jugoslawien allein nach Deutschland 65 000 von 250 000 Asylbewerbern.

Engagement fordern.¹⁸

2. Maßnahmen

2.1 (gegen Militärpotential Ost)

Beibehaltung eines defensiv strukturierten militärischen Potentials (teilweise gekadert/Reserve); LV wesentlich auf Jäger abgestützt, weil diese flexibel einsetzbar sind (auch in anderen Szenarien). Gemeinsame Abrüstung durch vertrauensbildende Maßnahmen und Zusammenarbeit absichern. Rekonstitutionsfähigkeit. Schnelle Eingreifkräfte für kleine Konflikte. Erhalt und Ausbau der europäischen und atlantischen militärischen Zusammenarbeit und Intensivierung der Möglichkeiten politischer Konfliktlösung. Vertrauensbildung.

2.2. (ethnische/Nationalitätenkonflikte)

Ein Einsatzsatz von Bodentruppen in den Krisengebieten im Balkan oder in den GUS-Staaten (außer als peace-keeping forces) ist kaum vorstellbar, zumal wenn keine militärische Bedrohung des Westens auszumachen ist.

Dagegen ist bei schweren Menschenrechtsverletzungen wie Bombardierungen der eigenen Zivilbevölkerung oder beim Abschneiden von Städten und Regionen von der Versorgung an den Einsatz von Luftstreitkräften (ggf. auch Seestreitkräften)¹⁹ zu denken. Die Bereitschaft zu derartigen Einsätzen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen.²⁰

2.3 (Bedrohung durch ballistische Raketen aus dem Süden)

In jüngster Zeit wird zunehmend die Verteidigung gegen terroristische Raketenangriffe durch ein ATBM-System diskutiert,

¹⁸ Im Golfkrieg wurden Japan und Deutschland, die sich aus Verfassungsgründen nicht beteiligten, finanziell zur Kasse gebeten. Die Leistungen Deutschland (Sach- Transport- und Barleistungen) werden auf 15-17 Mrd. DM geschätzt

¹⁹ So hätten NATO-Seestreitkräfte wahrscheinlich allein durch Flaggezeigen in internationalen Gewässern die Beschießung von Dubrovnik von See aus verhindern können.

²⁰ Ein wichtiger Präzedenzfall war die Kurdenhilfe nach dem Waffenstillstand im Golfkrieg. Vgl. neuestens zu dieser Frage die Publikation der auf der 33. Jahreskonferenz des Internationalen Instituts für Strategische Studien in Zürich (12.-15. September) gehaltenen Vorträge zum Thema "International Law and the Use of Force", *Adelphi Paper 266*, IISS, London (Brassey's) 1992.

teilweise auch konkrete Vorschläge gemacht. Weiterentwickeltes Patriot-System (Schutz begrenzter Räume durch Bekämpfung der Raketen in der Endanflug-Phase) oder GPAL-S.²¹ Nach dem heutigen Stand der Technik liegen aber brauchbare Lösungen, die zugleich für Europa finanzierbar wären, nicht vor.²²

Heute erscheint als einzig wirksame Maßnahme gegenüber Staaten, die mit dem Einsatz eines solchen Potentials drohen, die vorbeugende defensive Intervention der Weltgemeinschaft (Angriffe gegen entsprechende Objekte mit Präzisionswaffen, Absicherung der Angriffsflugzeuge durch eigene Luftüberlegenheit).

2.4 Out-of Area-Einsätze

Darunter werden hier Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebietes verstanden, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angeordnet und (nach Einsetzung des in der UNO-Satzung Art. 47 vorgesehenen Militärstabes) entweder selbst geleitet oder doch hinsichtlich der Beachtung der grundlegenden Beschlüsse (Mandat) kontrolliert werden.

Die Vorbereitung erfolgt durch Bereitstellung entsprechend einsatzbereiter, ausgerüsteter und mobiler Verbände.

Es ist wenig bekannt, daß die Satzung der Vereinten Nationen bereits die Bildung von Kontingenten von Luftstreitkräften für Sofortmaßnahmen vorsieht (Art. 45), da nur diese Kräfte zu schneller weltweiter Reaktion befähigt sind.

Bei allen Aktionen (See- Land- oder Luftlandeoperationen) schafft die Luftüberlegenheit oder besser noch Luftherrschaft günstige Voraussetzungen. Dabei kann große technische Überlegenheit der eingesetzten Mittel Unterlegenheit in der Zahl bis zu einem gewissen Grad ausgleichen. Die Fähigkeit, das Operationsgebiet aus der Luft zu überwachen, feindliche Radars und Kommunikationen wirksam zu stören und Luftziele schnell und auf weite Entfernungen zu bekämpfen wird, wenn glaubhaft demonstriert, darüber hinaus oft genug abschreckend wirken. Das ermöglicht auch die Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der Mittel, wie er im Polizeirecht selbstverständlich ist. Im Kriegesrecht findet er bislang nur unzureichend Berücksichtigung.

3. Internationale Zusammenarbeit

Im Bereich der Sicherheit gibt es eher ein Zuviel als ein zuwenig an internationaler Zusammenarbeit, jedenfalls in Europa. (NATO,

²¹ *Global protection against limited strikes - Globaler Schutz gegen begrenzte Raketenangriffe.*

²² Zum Abschneiden der *Patriot* vgl. Theodore A. Postol, *Lessons of the Gulf War Experience with Patriot, International Security*, Vol. 16, Nr. 3 (Winter 91/92)

WEU, KSZE, UNO, EG). Zu beobachten sind sowohl parallele Aktivitäten und versteckte Rivalitäten, aber auch ein genereller Trend zu verstärkter europäischer Zusammenarbeit, ohne die atlantische Partnerschaft in Frage zu stellen. Eine Reihe bislang neutraler Länder strebt in die EG, teils mit, teils ohne Vorbehalte, was den politischen Ausbau der EG angeht.

Denkbar sind folgende Entwicklungen:

Die NATO erweitert sich durch Aufnahme osteuropäischer Länder von einem Verteidigungsbündnis zu einem Sicherheitssystem. Die Vereinigten Staaten bleiben die Führungsmacht im Bündnis, doch wächst die Bedeutung eines sich einigenden Europas. Die KSZE bleibt als Diskussionsforum erhalten, kann von Fall zu Fall auch die NATO um Unterstützung bitten, da diese über Stäbe, Logistik und einsatzbereite Kräfte verfügt, die das Zusammenwirken geübt haben. In diesem Szenario ist in einer Übergangsperiode die Westeuropäische Union die Sicherheitskomponente der EG und verschmilzt mit dieser mit Vollendung des europäischen Einigungsprozess. Die politische Union Europa und die Vereinigten Staaten sind dann gleichberechtigte und gleich einflußreiche Partner in der NATO.

Das zweite europäische Szenario ließe sich wie folgt skizzieren:

Die militärischen Strukturen der NATO verlieren langsam an Bedeutung, zumal ein größerer Konflikt in Europa immer unwahrscheinlicher wird und die Entwicklung der Politischen Union Europa, die auch die Bereiche Sicherheit und Verteidigung umfaßt, gute Fortschritte macht.

Dagegen wird die KSZE zunehmend zu einem handlungsfähigen europäischen Sicherheitssystem mit entsprechend erweiterten Organen ausgebaut. USA, Rußland und europäische GUS-Staaten, aber auch die europäischen Staaten, die sich der politischen Union nicht anschließen wollen oder können, sind Mitglieder. Für die KSZE verliert die militärische Komponente zunehmend an Bedeutung. Dementsprechend entspricht der politische Einfluß weitgehend dem wirtschaftlichen Leistungsvermögen und der Fähigkeit, Aufbau-, Entwicklungs- und Strukturhilfe zu leisten.

Militärisch gesehen kommt es wahrscheinlich erst in der Endstufe der Integration zu einer Zusammenfassung der Streitkräfte. Diese können aber durchaus - ähnlich wie im Deutschen Reich 1871 - durchaus noch nationale Eigenheiten, Uniformen, Wehrsysteme oder - wie in USA - eigene Milizen haben. Aus Gründen der Zusammenarbeit im Ernstfall und aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus sind allerdings Bewaffnung, Logistik, Ausbildung und Vorschriften schrittweise zu vereinheitlichen.

Wie die Entwicklung verlaufen wird, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. Aber mit Entscheidungen ist in einem Zeithorizont von 5 - 10 Jahren zu rechnen. Eine Vielzahl von Problemen sind entweder national nicht mehr zu lösen oder lassen sich mit den

kollektivem Sicherheitssystem könnte sich die Frage einer Zusammenarbeit oder sogar Mitgliedschaft neu stellen. Zu betonen ist, daß schon ein Blick auf die gegenwärtigen Mitglieder zeigt, daß diese in der Gestaltung ihres militärischen Beitrages frei sind. (Der wichtigste Beitrag Islands etwa ist seine wehrgeographische Lage). Die Schweiz würde allerdings zu Beiträgen zur Finanzierung gemeinsamer Verbände und Einrichtungen (NATO-Infrastrukturprogramme, AWACS) herangezogen. Nicht zu unterschätzen wären die Erfahrungen der Schweiz mit dem Milizsystem (die Zeit der großen stehenden Heere ist schon aus Kostengründen vorbei und Aufwuchsfähigkeit als Versicherung ist gefragt).

Günstig für beide Seiten wäre eine möglichst große Kompatibilität. Zwar gibt es auch heute noch eine vergleichsweise große Typenvielfalt in der Luftverteidigung, doch geht der Trend eindeutig auf zwei bis drei Typen, was viele Vorteile mit sich bringt (Cross-Servicing, Logistik, Ausbildung, ACMR usw.)

Zusammenfassend kann gesagt werden: wenn die Schweiz die europäische Entwicklung berücksichtigen will, sollte vor größeren Entscheidungen im Bereich der Bewaffnung abgewartet, welchen Weg die bestehenden europäischen Organisationen in den nächsten Jahren gehen werden, und welche Rolle die Schweiz dabei in Europa spielen will.

Wenn aber absehbar wäre, daß die Schweiz an der Neutralität im bisherigen Umfang auf jeden Fall festhält, dann muß sie wissen, daß der Stand der Technik zwar einem Land ihrer Größe noch die Wahrnehmung luftthoheitlicher Aufgaben, nicht aber die Verteidigung gegen einen Gegner erlaubt, der über das volle Spektrum moderner Luftkriegsmittel verfügt.